

# ZWISCHEN INKLUSION UND DEM RECHT, NEIN ZU SAGEN

## Drinnen-draußen-Strategien von Frauenrechtsorganisationen

**Das Ministerratstreffen der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2017 in Argentinien kam zu keinen nennenswerten Ergebnissen. Das einzige positive Resultat, das ausgehandelt wurde, war eine Erklärung zu Handel und Frauen-Empowerment. Doch die wurde von 160 Frauenrechtsorganisationen und internationalen Netzwerken als Pink-Washing abgelehnt. Was ist da los in der Frauenszene?**

SEIT LANGEM verfolgen internationale Frauennetzwerke eine Doppelstrategie von „Drinnen und Draußen“ bei multilateralen Verhandlungen der WTO, Weltbank und der Vereinten Nationen (UN). Sie streiten jahrelang dafür, die Gender-Blindheit der Institutionen zu korrigieren, eine geschlechtersensible Perspektive und Frauenrechte in alle Themen einzubringen und die Partizipation von Frauen an allen Gremien sicherzustellen.

### Von Biodiversität bis Klima

Bei Konferenzen besteht dabei die Aufgabenteilung darin, dass drinnen bei den Verhandlungen eine Politik der kleinen Schritte des Gender-Mainstreaming und des Machbaren, z. B. durch Women in Europe for a Common Future (WECF), erfolgt. Draußen wird dagegen eine sehr grundsätzliche Kritik geübt, die weit über Geschlechtergleichheit hinausgeht. So werfen DAWN, ein Netzwerk von Frauenrechtlerinnen aus dem Süden, WIDE+, ein europäisches feministisches Netzwerk, und APWLD, das Asia Pacific Forum on Women, Law and Development, der WTO vor, dass die neoliberalen Prinzipien der Abkommen soziale Ungleichheiten und Umweltzerstörung verschärfen und Menschenrechte wie auch Geschlechtergerechtigkeit missachten.

Zum ersten offenen Konflikt kam es bei der Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention 2008 in Bonn, als ein Gender-Aktionsplan akzeptiert wurde, allerdings nur als unverbindliches Dokument. Gender-Expertinnen feierten diesen Aktionsplan als einen Anerkennungserfolg, denn er versprach Frauen Zugangs- und Vorteilsausgleich bei der Nutzung von Biodiversität. NGO-Aktivistinnen – meist mit einem bäuerlichen oder

ökologischen Hintergrund – lehnten Patentierung, private Aneignung und Kommerzialisierung von genetischen Ressourcen grundsätzlich ab. Sie wollen Frauen als Eignerinnen von Saatgut und lokalen Sorten vor Biopiraterie schützen, statt dass sie in neue kapitalistische Wertschöpfungsstrategien eingebunden werden – versehen mit dem Etikett Gleichheit und Gerechtigkeit.

Auch bei den Klimaverhandlungen war das ausdauernde Lobbying für Frauenpartizipation 2012 in Doha erfolgreich: Eine Erklärung forderte stärkere Frauenbeteiligung in den Delegationen und Gremien. Das sollte auch zeigen, dass die VerhandlungspartnerInnen zumindest in einer Sache konsens- und entscheidungsfähig waren. Doch eine Geschlechterbalance bei Klimaverhandlungen bedeutet nicht automatisch eine geschlechtersensible Klimapolitik.

Bei der UN-Klimakonferenz 2017 in Bonn wurden keine nennenswerten Ergebnisse erreicht, aber endlich ein Gender-Aktionsplan unter der schönen Überschrift „Fahrplan zur Integration von Geschlechtergleichheit“ verabschiedet. Dabei geht es um genderbewusste Politiken, Finanzierung und Technologietransfers. Seit 2001 liegt der Frauenanteil bei den Verhandlungen bei durchschnittlich 31 Prozent. Doch nur 2 Prozent der Gelder gehen an Organisationen im Süden und Frauen an der Basis. Allerdings ist dieser Plan so verwässert, dass Mary Robinson, UN-Sondergesandte für Klimawandel, beklagte, ihm mangle es am Menschenrechtsansatz und an indigenen Themen.

### Vom Recht, Nein zu sagen

Beim Alternativen Klimagipfel, dem People's Climate Summit, der parallel zur Klimakonferenz in Bonn

stattfand, wirkten viele Organisationen radikalisiert und pochten auf ihr Recht, Nein zu sagen, entsprechend dem in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgeschriebenen Recht indigener Bevölkerungen auf eine „freie und informierte Zustimmung“ und selbstbestimmte Prioritätensetzung in Bezug auf Entwicklung und Ressourcennutzung. Das Nein des afrikanischen Frauennetzwerks WoMin Women in Mining richtet sich vor allem gegen Megaprojekte wie Staudämme und Ressourcenextraktivismus und gegen Freihandelsverträge, weil sie regionale Ökonomien und lokale Biosphären zerstören und durch CO<sub>2</sub>-Emissionen den Klimawandel befeuern.

Bei der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires 2017 erklärten dann Hunderte Menschenrechtsorganisationen: „Basta ya! WTO: Wir wollen Souveränität.“ In Bezug auf die Gender-Erklärung, in der es um wirtschaftliches Empowerment von Frauen durch Inklusion in Wertschöpfungsketten, Unternehmertum und Handel geht, bedeutete das ein Nein zu den Freihandelsregeln, die lokale Lebensgrundlagen zerstören und lokale ProduzentInnen und Bäuerinnen und Bauern auskonkurrieren.

Mit diesen neuen Konfrontationen hat die früher friedliche Koexistenz des „Drinnen und Draußen“ ein Ende. Dies zeigt, dass die internationale Frauenszene bunt und vielfältig, aber auch zunehmend fragmentiert und polarisiert ist. Solidarität und Souveränität an der Basis werden dem ergebnislosen Multilateralismus von WTO und UN entgegengesetzt.



Dr. Christa Wichterich

Die Autorin ist Soziologin, Publizistin und feministische Aktivistin.

1/2018

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



## Mit Bioökonomie die Welt retten? Neue Geschäftsmodelle und alte Strukturen

Seite 6

**Synthetische Biologie  
und die neuen Verfahren  
der Gentechnik**

Seite 10

**Mit Bioökonomie die  
Welt ernähren? Ein pro-  
blematisches Versprechen**

Seite 14

**Zur Notwendigkeit  
alternativer Forschung und  
gesellschaftlicher Debatte**

Seite 16

**Bioökonomie im globalen  
Kontext – Der Süden als  
Lieferant für Biomasse?**